

Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität | Postfach 31 60 | 55021 Mainz

Präsidenten des Landtags Rheinland-Pfalz
Herrn Hendrik Hering, MdL
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

DIE MINISTERIN

Kaiser-Friedrich-Straße 1
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Poststelle@mkuem.rlp.de
<http://www.mkuem.rlp.de>

31. März 2025

Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Lea Heidbreder (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

„Erfolgmodell Deutschlandticket: Einfach, digital und bezahlbar unterwegs“

- Drucksache 18/11559 -

Die Kleine Anfrage Drucksache 18/11559 der Abgeordneten Dr. Lea Heidbreder (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) beantworte ich namens der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1:

Die Verkehrsunternehmen und Verbände melden die Anzahl der verkauften Deutschlandtickets jeweils zum 20. des Folgemonats im sogenannten Deutschlandticket Monitor. Hierbei kann es nachträglich noch zu Anpassungen kommen. Seit Einführung des Tickets im Mai 2023 wurden von den Verkehrsverbänden in Rheinland-Pfalz bis einschließlich Dezember 2024 circa 8,7 Millionen verkaufte Tickets gemeldet.

Zu Frage 2:

Aus der seit Frühjahr durchgeführten bundesweiten Marktforschung liegen die aktuellsten Daten für das dritte Quartal 2024 (Juli - September) für Rheinland-Pfalz vor. Im

1/6

Verkehrsanbindung

📍 Sie erreichen uns ab Hbf. mit den Linien 6/6A (Richtung Wiesbaden), 64 (Richtung Laubenheim), 65 (Richtung Weisenau), 68 (Richtung Hochheim), Ausstieg Haltestelle „Bauhofstraße“. 🚶‍♀️ Zufahrt über Kaiser-Friedrich-Str. oder Bauhofstraße.

Parkmöglichkeiten

Parkplatz am Schlossplatz
(Einfahrt Ernst-Ludwig-Straße),
Tiefgarage am Rheinufer
(Einfahrt Peter-Altmeier-Allee)



Zeitraum Juli bis September 2024 waren zwölf Prozent der in Rheinland-Pfalz verkauften Deutschlandtickets Jobtickets.

Frage 3:

Bund und Länder hatten sich im November 2023 darauf geeinigt, dass ab dem Sommersemester 2024 an allen Universitäten und Hochschulen ein Deutschland-Semesterticket im Vollsolidarmodell zum Preis von 29,40 Euro je Monat und 176,40 Euro je Semester grundsätzlich angeboten werden kann. Dieser Preis gilt letztmalig für das Sommersemester 2025. Ab dem Wintersemester 2025/2026 wird die Preiserhöhung beim Deutschlandticket auch beim Deutschlandsemesterticket wirksam. Studierende zahlen dann 34,80 pro Monat und 208,80 Euro je Semester im Vollsolidarmodell.

Wie bereits in der Antwort auf die Frage 3 der Kleinen Anfrage Drucksache 18/9412 in der Drucksache 18/9595 ausgeführt, liegen die aktuellsten Zahlen zu Studierenden an den Universitäten und Hochschulen in Rheinland-Pfalz mit der amtlichen Statistik für das Wintersemester 2022/2023 vor. Daraus ergibt sich, dass ungefähr 55.000 Studierende an den bereits in der Drucksache 18/9595 benannten Universitäten und Hochschulen in Rheinland-Pfalz eingeschrieben sind, die bereits zum Sommersemester 2024 auf das Deutschlandsemesterticket umgestellt haben.

Ebenso erfolgte an den nachfolgend aufgeführten Universitäten und Hochschulen mit fast 41.000 Studierenden eine Umstellung auf das Deutschlandsemesterticket zum Wintersemester 2024/2025:

- Universität Koblenz (9.438) und Hochschule Koblenz (8.993) sowie Hochschule für Gesellschaftsgestaltung in Koblenz (126)
- RPTU - Standorte Kaiserslautern (12.389) und Landau (7.971)
- WHU - Otto Beisheim School of Management in Vallendar (2.025)

Zudem wird zum Sommersemester 2025 an der Hochschule Kaiserslautern (5.846 Studierende) auf das Deutschlandsemesterticket umgestellt. Ab dem Sommersemester 2025 profitieren somit über 100.000 Studierende in Rheinland-Pfalz vom Deutschlandsemesterticket.



Frage 4:

Die Landesregierung bewertet die Entwicklung der Verkaufs- und Nutzungszahlen für das Deutschlandticket in Rheinland-Pfalz weiterhin positiv. Die Verkaufszahlen haben sich seit der Einführung im Mai 2023 kontinuierlich gesteigert. Innerhalb des ersten Jahres konnten die Verbände in Rheinland-Pfalz ihre Verkäufe mehr als verdoppeln. Im Einführungsmonat Mai 2023 wurden 240.000 Verkäufe gemeldet, im Mai 2024 waren es fast 490.000 Verkäufe. Nach aktuellem Datenstand wurden im Oktober 2024 erstmals über eine halbe Millionen Tickets verkauft. Die Verbände meldeten fast 510.000 Verkäufe.

Ergebnisse der bundesweiten Marktforschung bestätigen diesen positiven Trend. Im zweiten Halbjahr 2023 besaßen etwa 13,9 Prozent der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer ein Deutschlandticket, ein Jahr später waren es bereits 18,9 Prozent. Damit nähert sich Rheinland-Pfalz auch dem bundesweiten Durchschnitt bei der Besitzquote (2023 bei 17,4 Prozent, 2024 bei 20,4 Prozent) an. Im Befragungszeitraum Juli bis September 2024 geben in Rheinland-Pfalz zehn Prozent der befragten Deutschlandticketkunden an, Neukunden zu sein. Im Juni 2024 gibt zudem fast jeder dritte Befragte aus Rheinland-Pfalz an, das Ticket seit dessen Einführung mindestens einmal erworben zu haben.

Zwar wird bundesweit eine Marktsättigung erkennbar, aber ein wesentlicher Erfolg des Deutschlandtickets besteht vor allem in einer besseren Bindung der Menschen an den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Seit Einführung des Deutschlandtickets wurden etwa 60 Prozent mehr Nahverkehrsabonnements verkauft und somit die ÖPNV-Nachfrage stabilisiert.

Frage 5:

Die Preiserhöhung, die zum 1. Januar 2025 vollzogen wurde, hätte nach Informationen des Branchenverbandes VDV (Verband Deutscher Verkehrsunternehmen) bisher nur geringe Auswirkungen auf den Besitz oder Kauf des Deutschlandtickets. Demnach lag die Kündigungsquote im Januar 2025 bei 8,1 Prozent und damit nur geringfügig über dem Jahresmittel 2024 von rund sieben Prozent.

Zu berücksichtigen ist, dass erfahrungsgemäß Reaktionen in einem kurzen Zeitraum nach einer Preismaßnahme höher ausfallen können, sich die Nachfrage jedoch über



die Zeit „erholt“. Um eine valide Aussage über den Einfluss der Preismaßnahme treffen zu können, muss daher die Entwicklung der Verkaufszahlen in den nächsten Monaten beobachtet werden.

Frage 6:

Potentiale werden beim Deutschlandjobticket als auch bei der Entwicklung bundesweit einheitlicher zielgruppenspezifischer Angebote gesehen, wobei die für den Erfolg des Deutschlandtickets entscheidende Einfachheit, Einheitlichkeit und bundesweite Gültigkeit des Tickets bei allen Ansätzen beizubehalten ist. Ebenso ist dabei wichtig, dass der Bund sich klar zu einer Fortführung des Deutschlandtickets sowie seiner mindestens hälftigen Finanzierungsverantwortung bekennt.

Die seit 2023 durchgeführte bundesweite Marktforschung beziffert das Potential beim Jobticket mit etwa einer halben Million Personen unter vollzeitberufstätigen ÖPNV-Pendlerinnen und Pendlern sowie weiteren 7,5 Millionen erwerbstätigen Personen, die bisher selten den ÖPNV nutzen. Das Jobticket kann zudem zu mehr Nutzungsmonaten führen, denn Jobticketinhaberinnen und -inhaber sind in der Regel Dauernutzerinnen- und -nutzer des ÖPNV; Die Kündigungsquote liegt bei nur etwa zwei Prozent.

Die Potentiale für eine Deutschlandticket-Familie beziehungsweise zielgruppenspezifische Angebote wurden in Ansätzen in der vom Bundesministerium für Digitalisierung und Verkehr beauftragten Evaluation untersucht. 16 Prozent der befragten Personen würden ein Familienticket nutzen, weitere 14 Prozent ein Sozialticket und zwölf Prozent ein Ticket für Personen ab 65 Jahren. Die bundesweite Marktforschung bestätigt, dass die meisten gekauften Tickets, die nicht Deutschlandtickets sind, einen Zusatznutzen haben.

Entscheidend für die Steigerung der Nutzerinnen- und Nutzerzahlen ist unabhängig vom Deutschlandticket das Nahverkehrsangebot selbst. Wichtig ist daher, die Finanzierung des Tarifangebots Deutschlandticket und die Finanzierung des Fahrtangebotes gleichermaßen sicherzustellen.



Frage 7:

Für den Fortbestand des Deutschlandtickets ab 2026 braucht es eine Änderung des Regionalisierungsgesetzes. Bisher ist das Deutschlandticket nur für die Einführungsphase von 2023 bis 2025 gesetzlich verankert. Für diese Änderung braucht es von der neuen Bundesregierung frühzeitig die grundsätzliche und möglichst langfristige Zusage zur weiteren mindestens hälftigen Finanzierungsbeteiligung sowie eine Einigung zu Art und Höhe eines zukünftigen Finanzierungsbeitrages, um Planungssicherheit bei den Ländern, den Aufgabenträgern und der Verkehrsbranche zu schaffen. Wie in der Antwort auf die Frage 5 der Kleinen Anfrage Drucksache 18/9412 in der Drucksache 18/9595 ausgeführt, ist es auch wichtig, dass der Bund seinen Finanzierungszusagen beispielsweise mit Blick auf die Erhöhung der Regionalisierungsmittel nachkommt, um so ein bedarfsgerechtes Angebot im ÖPNV und im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) zu ermöglichen. Rheinland-Pfalz hat den ÖPNV und SPNV bereits stark ausgebaut und so eine gute Grundlage für die Nutzung des Deutschlandtickets geschaffen. So hat es allein bei den regionalen Linien seit 2016 einen Anstieg der gefahrenen Buskilometer von einer Million auf rund 33 Millionen Kilometer im Jahr 2024 gegeben. Im SPNV, also bei den gefahrenen Zugkilometern, wurden diese von etwa 38 Millionen Kilometer im Jahr 2018 auf rund 42 Millionen Kilometer im Jahr 2024 erhöht.

Darüber hinaus sind auf der operativen Ebene Einigungen zwischen den Ländern mit den Aufgabenträgern und der Verkehrsbranche erforderlich. Dies betrifft zum einen die Regelungen, nach denen die Höhe und das Verfahren zur Ausreichung der öffentlichen Zuwendungen an die Aufgabenträger für die Umsetzung des Deutschlandtickets bestimmt wird. Ab 2026 kann das bisher genutzte sogenannte Rettungsschirmverfahren aufgrund des europäischen Beihilferechts nicht mehr genutzt werden. Weiterhin ist die Stufe 3 der bundesweiten Aufteilung der Deutschlandticketeinnahmen, die grundsätzlich nachfrageorientiert sein soll, festzulegen und technische Voraussetzungen für eine bundesweit einheitliche digitale Nutzungserfassung zu schaffen.



In Vertretung

gez.

Michael Hauer

(Staatssekretär)

Dieses Dokument wurde elektronisch erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.